PRESSE INFORMATION

SPÖ LANDTAGSKLUB OBERÖSTERREICH

Pressegespräch zum Thema:

Gemeindebudget 2027 -
Keine Entlastungen für die Gemeinden in Sicht

Ihre Gesprächspartner:innen sind:

- Gemeinde-Landesrat Mag. Martin Winkler
- LAbg. Mag. Tobias Höglinger

Donnerstag, 26. November 2026 um 12 Uhr
Oö. Presseclub, Saal B, Landstraße 31, 4020 Linz

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Gemeindebudget 2027 – Keine Entlastungen für die Gemeinden in Sicht

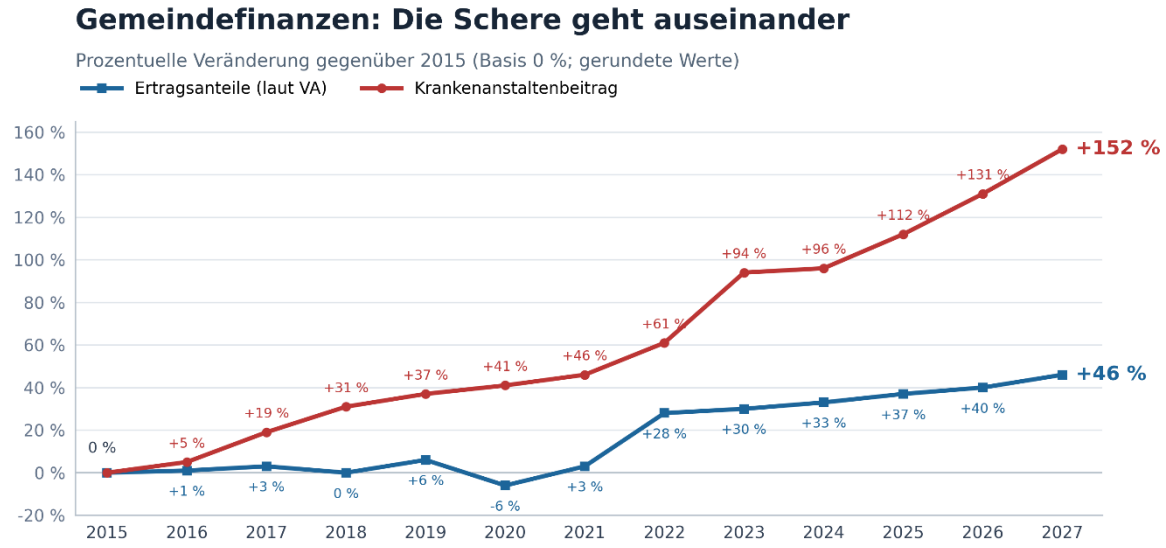
Mit dem Voranschlag des Landes 2027 ist keine nachhaltige Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden absehbar. Landesrat Martin Winkler und Landtagsabgeordneter Tobias Höglinger schlagen deshalb eine Reduktion des Krankenanstaltenbeitrags um rund 285 Millionen Euro vor.

Gemeindefinanzen unter wachsendem Druck

Krankenanstaltenbeitrag wächst mehr als dreimal so stark wie die Ertragsanteile

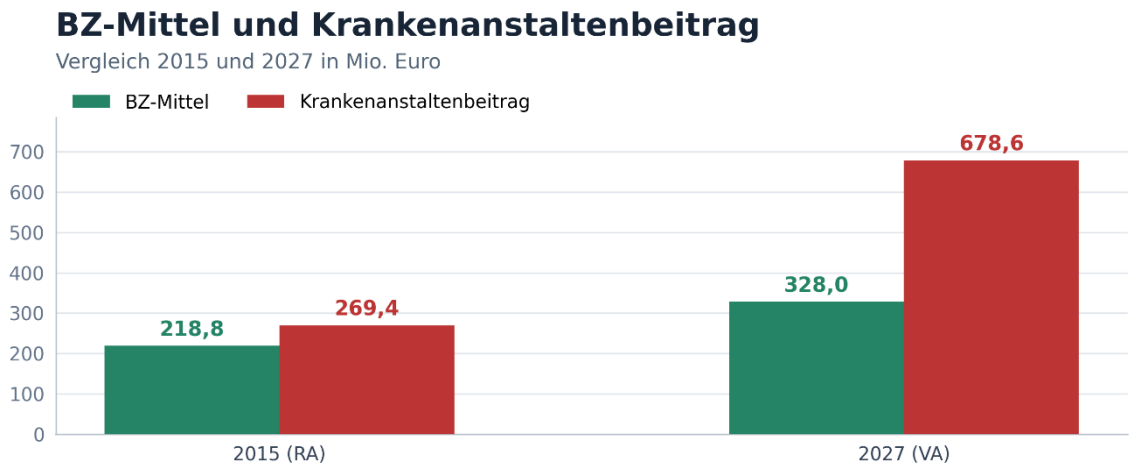
Mehr als die Hälfte der oberösterreichischen Gemeinden kann ihren Haushalt nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen. Notwendige Investitionen werden erschwert und kommunale Leistungen geraten zunehmend unter finanziellen Druck.

Während die Ertragsanteile des Landes von 2015 bis 2027 um rund 46 Prozent steigen (von 2,54 auf 3,71 Milliarden Euro), erhöht sich der von den Gemeinden zu tragende Krankenanstaltenbeitrag im selben Zeitraum um 152 Prozent (von 269,4 auf 678,6 Millionen Euro). Die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Krankenanstaltenfinanzierung wächst damit mehr als dreimal so stark wie die Ertragsanteile des Landes.



Auch die Bedarfszuweisungsmittel als zentrales Instrument des Gemeinderessorts geraten unter Druck: Mehr Mittel werden für den Ausgleich laufender Haushalte benötigt und fehlen damit für Investitionen. Der folgende Vergleich stellt den Betrag der BZ-Mittel dem Krankenanstaltenbeitrag gegenüber.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240



„Die Bedarfszuweisungsmittel sind Ausdruck des solidarischen Ausgleichs zwischen unseren Städten und Gemeinden. Wenn immer mehr Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen können, werden diese Mittel zunehmend für die Sicherung des laufenden Haushalts benötigt. Dadurch fehlen sie für wichtige Investitionen. Wir müssen die Ur-sachen dieser Entwicklung angehen und die Gemeinden nachhaltig entlasten“, betont Gemeindelandesrat Martin Winkler.

Finanzielle Belastungen im Jahr 2027

Für das Jahr 2027 wird mit folgenden Belastungen der oberösterreichischen Städte und Gemeinden gerechnet:

Krankenanstaltenbeitrag	678,6 Mio. €
Landesumlage	164,5 Mio. €
SHV-Umlage (hochgerechnet)	514 Mio. €
Gesamt	**rund 1,357 Mrd. €**

Diese Ausgaben schränken die finanziellen Spielräume für kommunale Aufgaben und Investitionen ein, etwa in die Kinderbetreuung, Schulen, Straßen, Feuerwehren und die örtliche Infrastruktur.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Finanzielle Entlastung und kommunale Mitbestimmung

Budgetberatungen zeigen dringenden Handlungsbedarf

Die gestern im Finanzausschuss eingebrachten Abänderungsanträge des SPÖ-Landtagsklubs zum Landesbudget 2027 hätten erste Verbesserungen für die Gemeinden gebracht. Besonders die vorgeschlagene Verdoppelung der Mittel für die Errichtung und Erweiterung von Pflichtschulen auf rund 51,5 Millionen Euro wäre eine wichtige Unterstützung gewesen. Die Anträge wurden jedoch mit der Stimmenmehrheit von ÖVP und FPÖ abgelehnt.

„Die gestrige Entscheidung ändert nichts am Handlungsbedarf. Deshalb legen wir heute einen weiteren konkreten Vorschlag vor, der direkt bei einer der größten finanziellen Belastungen der Gemeinden ansetzt“, betont LAbg. Höglinger.

Deckelung des Krankenanstaltenbeitrags als Entlastungsmaßnahme

Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der oberösterreichischen Gemeinden nachhaltig zu sichern, braucht es eine gesetzliche Deckelung des Krankenanstaltenbeitrags. Als Maßstab soll die Entwicklung der Ertragsanteile des Landes seit dem Basisjahr 2015 herangezogen werden. Damit wird verhindert, dass die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Krankenanstaltenfinanzierung weiterhin überproportional steigt.

Für das Jahr 2027 würde sich daraus eine Obergrenze von rund 394 Millionen Euro ergeben. Damit stünden den Gemeinden zusätzlich rund 285 Millionen Euro zur Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben zur Verfügung.

Krankenanstaltenbeitrag 2027	678,6 Mio. €
Vorgeschlagene Deckelung	394 Mio. €
Entlastung der Gemeinden	284,6 Mio. €

„Eine solche Deckelung schafft Planungssicherheit für die Gemeinden und nimmt gleichzeitig das Land stärker in die Verantwortung, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen einzudämmen. Ziel muss es sein, eine hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, ohne die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Gemeinden zu gefährden“, bekräftigt Höglinger.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Stärkung der Steuerungsrechte für Kommunen unabdingbar

Aktuell sind die Gemeinden gemäß § 76 des Oö. Krankenanstaltengesetzes verpflichtet, 40 Prozent der maßgeblichen Betriebsabgänge der Krankenanstalten zu tragen. Demgegenüber stehen keinerlei Steuerungs- oder Kontrollrechte, um etwa durch Zielvorgaben, Einfluss auf Managemententscheidungen oder wirtschaftliche Aufsichtsfunktionen die Kostenentwicklungen und damit die Belastungen für die Kommunen beeinflussen zu können.

In der heute, 26.11.2026 tagenden Gesundheitsplattform wird der Voranschlag für den Gesundheitsfonds beschlossen. Dieser Fonds wird rund 3,8 Milliarden Euro schwer sein, knapp 18 Prozent davon stammt aus den Kassen der oberösterreichischen Gemeinden. Aber auch dort sind Städte- und Gemeindebund nur beratende Zaungäste, stimmberechtigte Mitglieder sind je sechs vom Land und den Sozialversicherungen gestellte sowie ein Mitglied des Bundes.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass sämtliche Managementaufgaben sowie die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Krankenanstalten alleine vom Land dominiert werden, und gleichzeitig Jahr für Jahr die Kommunen die budgetär Leidtragenden der Auswirkungen der dort gefällten Entscheidungen sind. Eine Deckelung dieses finanziellen Beitrages ist auch aus diesem Grund ein Gebot der Stunde – wer alleine anschafft, soll auch wesentlich die Konsequenzen aus seinem Handeln tragen müssen“, so Höglinger.

Gemeinsame Verantwortung und weitere Schritte

Entlastung der Gemeinden stärkt die regionale Wirtschaft

Oberösterreich gehört seit Jahren zu jenen Bundesländern, in denen die Gemeinden besonders stark durch Umlagen belastet werden. Auch die weitere Entwicklung der Umlagenbelastung im Bundesländervergleich soll im Rahmen einer Neuordnung der Finanzbeziehungen berücksichtigt werden.

Ein dauerhaft tragfähiger Rahmen für Pflichtausgaben ist entscheidend, damit Gemeinden wieder verlässlich investieren können. Denn kommunale Investitionen schaffen Aufträge für heimische Unternehmen, sichern Arbeitsplätze und verbessern die Lebensqualität vor Ort.

„Finanziell handlungsfähige Gemeinden sind eine wesentliche Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in unseren Regionen. Davon profitieren die Bevölkerung und die heimischen Betriebe gleichermaßen“, erklärt Winkler.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Gemeindefinanzen im gemeinsamen Dialog weiterentwickeln

Gemeindelandesrat Martin Winkler will die vorliegenden Lösungsvorschläge in die Gespräche mit den zuständigen Mitgliedern der Landesregierung einbringen. Er appelliert an Landeshauptmann Thomas Stelzer und Landesrätin Michaela Langer-Weninger, zeitnah zu einem gemeinsamen Gemeindegipfel zusammenzukommen.

Ziel ist es, gemeinsam mit den kommunalen Interessenvertretungen konkrete Entlastungsmaßnahmen und einen verbindlichen Zeitplan für die Weiterentwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden zu erarbeiten. Dabei gilt es insbesondere, die Funktionsfähigkeit des solidarischen Ausgleichs über die Bedarfszuweisungsmittel langfristig zu sichern.

„Land und Gemeinden tragen gemeinsam Verantwortung für die Menschen in Oberösterreich. Ich bin überzeugt, dass wir im gemeinsamen Dialog Lösungen finden können, die eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung ebenso sicherstellen wie die langfristige Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden“, so Winkler abschließend.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240